

**PRO**  **Remscheid**

# Programm

für die Kommunalwahl  
am 14. September 2025



**Klartext. Mut.**

**pro-remscheid.org**

**Herausgeber:** Bürgerbewegung PRO Remscheid e.V.

**Telefon:** 01 77 - 6 43 58 53

**eMail:** Pro-Remscheid@gmx.de

**V.i.S.d.P.:** Nico Ernst, c/o PRO Remscheid, Lange Str. 33,  
42857 Remscheid

**Druck:** Eigendruck

## **Präambel**

Bezugspunkt des politischen Handelns der Bürgerbewegung PRO Remscheid ist stets der gesunde Menschenverstand und keine Ideologie, wie dies beim politisch vorherrschenden Linksgrünentum zweifellos der Fall ist. Das Altparteien-Kartell von CDU bis „Die Linke“ hat kommunal, bundesweit wie auch auf EU-Ebene abgewirtschaftet, was vor allem die jüngste Vergangenheit sehr drastisch vor Augen führte. PRO Remscheid geht es darum, auf kommunaler Ebene den entscheidenden Beitrag dazu zu leisten, eine grundlegende Wende zum Besseren einzuleiten, statt sich an der rasant drehenden Abwärtsspirale der politischen Klasse zu beteiligen.

Die Bürgerbewegung PRO Remscheid verfolgt den Ansatz, dass Staat und Kommunen sich auf ihre Kernaufgaben wie innere Sicherheit, Landesverteidigung oder auch sinnvolle Dienstleistungen für die Bürger zu fokussieren haben. Ausufernder Bürokratie muss um jeden Preis Einhalt geboten werden. Die aktuellen Präsidenschaften in den Ländern Argentinien und USA geben Vorbilder dafür, wie es auch hierzulande sein könnte.

Ferner steht PRO Remscheid in scharfer Opposition zur linksgrünen Politik von Paternalismus, Bevormundung und Gängelung mündiger Bürger. Erwachsene Menschen bei klarem Verstand beispielsweise zur Nutzung von E-Automobilen, Wärmepumpen oder Photovoltaik-Anlagen zwingen zu wollen, zeugt von einem durch und durch obrigkeitsstaatlichen Denken, das mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor gut 75 Jahren endgültig überwunden werden sollte. Der mündige Bürger hat Eigenverantwortung und ist daher kein Dressurpferd, das sich dem fragwürdigen Willen einer Pseudo-Elite zu unterwerfen hätte!

## **Verteidigung der Meinungsfreiheit**

Grundlage jeder Demokratie ist die Freiheit des Wortes. Über die Hälfte der Deutschen sind mittlerweile der Ansicht, sie könnten nicht mehr überall ihre Meinung kundtun. Dies spiegelt sich überdeutlich in den Remscheider Massenmedien wider. Jeder, der es öffentlich wagt, eine dem linksgrünen Mainstream unbequeme Ansicht zu äußern, muss mit schärfsten und ehrabschneidenden Angriffen durch die Redaktionsstuben rechnen. PRO Remscheid setzt sich für eine umfassende Meinungsfreiheit nach Vorbild der Staaten USA und Schweiz ein.

## **Bereichernde Immigration ja, illegale Masseneinwanderung nein!**

Als Stadt mit weit zurückreichender Industrialisierung hat Remscheid freilich eine längere Geschichte der Einwanderung. So trugen viele europäische Einwanderer seit den 1950er Jahren zur Festigung des Wohlstands im Bergischen Land bei. Nach wie vor gibt es unzählige Menschen in der Region, die selbst Einwanderer nach Deutschland sind oder deren Vorfahren allesamt aus dem Ausland stammen, und die gewinnbringend zur hiesigen Gesellschaft beitragen. Dies gilt es zu würdigen!

Seit etwa den 1980er Jahren besteht die Schattenseite der Einwanderung nach Deutschland darin, dass nicht wenige Neuankömmlinge es sich im Sozialstaat Bundesrepublik bequem machen. In Remscheid gibt es beispielsweise in Großsippen organisierte Personen mit Herkunft vom Balkan, bei denen bereits jetzt die Behörden davon ausgehen, dass sie nichts unversucht lassen, um möglichst hohe Summen an Sozialleistungen abzugreifen. Ein Staat wie Dänemark macht vor, wie sich ein westliches Land erfolgreich gegen unerwünschte Formen der Einwanderung zur Wehr setzt. Wirksame Instrumente sind hierbei ein Verbot langfristiger Bezüge von Sozialtransfers durch Ausländer, schnelle Abschiebungen von nicht-deutschen Straftätern und gezielte politische Bekämpfung von Prozessen der Ghettoisierung, die das Gedeihen von Parallel- und Gegengesellschaften zur unweigerlichen Folge haben.

## **Strikte Regulierung von Asyl-Einwanderung**

Mittlerweile sind - je nach Umfrage - zwei Drittel bis drei Viertel der Deutschen gegen die andauernde Masseneinwanderung, vor allem diejenige ins hiesige Sozialsystem. Jegliche weitere Einwanderung von Asylbewerbern oder ukrainischen Kriegsflüchtlingen ist gegen den erklärten Willen der absoluten Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik.

Trotz des Sturzes von Diktator Baschar al-Assad in Syrien, dem wohl baldigen Kriegsende in der Ukraine und den zahllosen Beteuerungen durch Altparteien-Politiker, nicht aufenthaltsberechtigte Ausländer im großen Stil abzuschieben, werden in Remscheid lauter Neubauten und Kernsanierungen vorgenommen, um noch mehr Asylbewerber-Unterkünfte zu schaffen. Das frühere Dorint-Hotel am Jägerwald, die künftigen Modul-Wohnungen für 120 Personen am ehemaligen Bahnhof Lüttring-

hausen und der Häuser-Komplex Ringstraße geben beredtes Zeugnis dafür, dass die politische Klasse vor Ort nicht einmal im Traum daran denkt, die Zahl der Asylbewerber und Asylanten spürbar zu senken.

Unzählige sogenannter Flüchtlinge kommen zwar mit neuesten Smartphones der Spitzenklasse in Deutschland an, haben aber leider auf der Schleuseroute ihre Ausweispapiere „verloren“. Freilich kann die kommunale Ebene nicht unmittelbar weitere Masseneinwanderung verhindern, da Bund und Land in dieser Hinsicht die Vorgaben machen. Jedoch setzt PRO Remscheid alles daran, dass offenkundig illegal Eingereiste in möglichst schlichten Unterkünften auf Existenzminimum versorgt und flott in ihre Heimat bzw. einen heimatnahen sicheren Drittstaat zurückgeführt werden. Für diejenigen Asyl-Einwanderer, die es trotz allgegenwärtigen Fachkräfte-Mangels nach Jahren immer noch nicht geschafft haben, sich für einen Arbeitgeber zu entscheiden, sollte Gleiches gelten.

## **Islamischem Extremismus den Kampf ansagen!**

An der Freiheitstraße und der Industriestraße gibt es gleich zwei Moschee-Gemeinden, die den türkischen Extremisten der „Graue Wölfe“-Bewegung zuzuordnen sind. Während der Fußball-EM 2024 wurden im Anschluss an türkische Siege stets Jubelzüge vom Markt zur Bundesstraße 229 Richtung Lennep veranstaltet. Hierbei waren „Wolfsgrüße“, die beispielsweise in Österreich seit 2019 verboten sind, allgegenwärtig. Zu allem Überfluss zeigt Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz (SPD) jenen türkischen Extremisten nicht die Rote Karte, sondern beehrt sie vielmehr mit seinen regelmäßigen Besuchen in ihren Moscheen. Selbst linksgrüne Genossen von Mast-Weisz sind geschockt von der unverständlichen Naivität des Stadtoberhauptes. Generell fielen in den letzten rund zehn Jahren Anhänger des islamischen Machthabers Recep Tayyip Erdogan äußerst unangenehm damit auf, als Reaktion auf Erdogans Wahlsiege in der Türkei, religiös/politisch missliebige Personengruppen wie z. B. die gemäßigt-mohammedanische Minderheit der Aleviten zu jagen. Derartiges kann und darf die Stadtgesellschaft Remscheids unter keinen Umständen tolerieren!

Nicht zu vergessen ist der dreifache Messermord am Abend des 23. August 2024 in der unmittelbaren Nachbarstadt Solingen. Der Syrer Issa Al Hassan ließ seinem islamischen Extremismus freien Lauf, indem er sich dazu entschied, das "Festival der Vielfalt" abrupt in einem Blutbad zu beenden. Anschließend zog der polit-me-

diale Komplex seine hinlänglich bekannten Rituale von geheuchelter Trauer und Empörung durch, doch einmal mehr änderte sich nichts wirklich, was unter anderem der Abend des 20. Dezember 2024 auf dem Weihnachtsmarkt Magdeburg oder auch das Massaker von Aschaffenburg am 22. Januar dieses Jahres verdeutlichten. Geht es weiterhin nach dem Willen des Parteienkartells von CDU bis „Die Linke“, ist es lediglich eine Frage der Zeit, wann es den ersten Terroranschlag von islamischen Extremisten in Remscheid geben wird.

## **Sümpfe extremistischer Ideologien kompromisslos austrocknen!**

Die Bürgerbewegung PRO Remscheid ist in einem Punkt radikal, nämlich in ihrem unachgiebigen Engagement gegen linken, rechten und religiös motivierten Extremismus! Wer Gewalt gegen politisch/religiös Missliebige fordert und nicht selten auch anwendet, der kann sich niemals auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen. Rechtsextremismus ohne Auslandsbezug wird bereits gesellschaftlich aktiv bekämpft. Manchmal artet dies jedoch in einer Weise aus, die kopflosen Aktionismus erkennen lässt. Hingegen sorgen die Etablierten von Linksgrün dafür, dass der Linksextremismus inländischer wie auch ausländischer Art systematisch verharmlost und letzten Endes sogar gefördert wird (als nahes Beispiel sei das „Autonome Zentrum“ in Wuppertal genannt). Es darf nicht länger jene imaginäre Aufteilung in „guten“ und schlechten Extremismus geben. In der Sphäre religiöser Extremisten verursacht der radikale Islam die größten Probleme, was bereits in einem eigenen Punkt oben behandelt wurde.

## **Innere Sicherheit gewährleisten: Stadtpolizei nach dem Vorbild von Frankfurt am Main**

Statt arglosen Rentnern massig Strafzettel wegen Falschparkens zu verpassen, hat sich der kommunale Ordnungsdienst darauf zu konzentrieren, Recht und Ordnung dort herzustellen, wo es besonders nottut. Daher fordert PRO Remscheid dessen Umgestaltung zu einer Stadtpolizei nach dem Vorbild der Hessen-Metropole Frankfurt am Main. Jugendliche und junge Erwachsene mit Aggressionsproblemen gehören durch die städtischen Ordnungshüter konsequent in die Schranken gewiesen und in Härte-

fällen an die Landespolizei überreicht. In dieser Hinsicht existieren Missstände im Stadtkern Remscheids wie auch in Lüttringhausen. Im Stadtbezirk Lennep müssen vor allem die Verursacher von sinnlosem Motorenlärm auf den Straßen ordnungs- und strafrechtlich belangt werden. Damit sind nicht generell Tuner gemeint, sondern diejenigen, die sich am Lenkrad ihres Fahrzeugs antisozial verhalten.

## **Langfristige Senkung kommunaler Steuern und Abgaben**

Gleichermaßen wie auf Bundes- und Landesebene hat die Stadt Remscheid vor allem ein Ausgaben- und keinesfalls ein Einnahmen-Problem. Das Kartell der Altparteien ist stets an vorderster Front, wenn es darum geht, hart erarbeitetes Steuergeld für linksgrüne Ideologie-Projekte wie etwa „NRWeltoffen“ oder eine Genderismus- und „Diversitätsbeauftragte“ im Röntgen-Museum zu verschwenden. Da die Alimentierung von Klientelgruppen der Polit-Korrekten horrend teuer ist, wird wieder und wieder an der Steuer- und Abgaben-Schraube gedreht. Der geschöpfte Steuerzahler hat hierbei immer das Nachsehen. Statt Steuern und Abgaben weiterhin durch die Decke schießen zu lassen, müssen diese langfristig auf ein gesundes Maß gestutzt werden.

## **Abschaffung der Elternbeiträge für Kindergärten und Offene Ganztagschulen**

So wie die Landeshauptstadt Düsseldorf keine Elternbeiträge für kommunale Kindertagesstätten verlangt, so muss auch Remscheid jegliche Kindergärten und Offenen Ganztagschulen in städtischer Trägerschaft beitragsfrei gestalten. Es konterkariert den Sinn des Kindergelds, wenn Eltern im unteren Einkommensbereich dieses praktisch eins zu eins an einen Kindergarten oder eine Offene Ganztagschule weiterzuleiten haben. Elternbeiträge „sozialer“ zu machen, ist nach Auffassung von PRO Remscheid nur Flickschusterei und löst nicht das eigentliche Problem. Daher gilt die umfassende Forderung nach kostenfreier Nutzung von Kindergärten und Offenen Ganztagschulen der Stadt Remscheid.

## **Vetternwirtschaft der Altparteien einen Riegel vorschieben!**

Eine abgewählte Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen wurde 2021 für fünf Jahre zur Leiterin einer neuen Stabsstelle Förder-Management in der Stadtverwaltung gemacht. Rein zufällig wurde ihr befristeter Job so gestaltet, dass Frau Grünen-Politikerin finanziell maximal weich gebettet in die Altersrente gleiten kann. Die Ehefrau des einstigen NRW-Justizministers von der SPD wurde in den Jahren 2019 bis 2024 als städtische Koordinatorin Bevölkerungsentwicklung beschäftigt. Darüber hinaus gibt es Fälle, in denen sich ein Ehe-/Lebenspartner im Stadtrat und der andere in den hohen Ebenen der Stadtverwaltung befinden. So sieht ganz konkret dreistes Postengeschacher der linksgrünen Altparteien in Remscheid aus! Nach Auffassung von PRO Remscheid sind derartige Kungeleien absolut skandalös und schaden dem Ansehen der Stadtverwaltung enorm. Daher: Ein für alle Mal Schluss damit!

## **Wirtschaft voranbringen statt Verwaltung des Niedergangs**

Wie so viele altindustrielle Städte Europas hat auch Remscheid heutzutage mit strukturellen Problemen zu kämpfen. Wie die Ampel-Koalition der Jahre 2021 bis 2024 im Bund, so tat auch das Ampel-Bündnis der Jahre 2020 bis 2025 im Stadtrat der Wirtschaft in keiner Weise gut. PRO Remscheid schließt sich den Forderungen des Präsidenten der Bergischen IHK Henner Pasch an, der zu Recht sagt, dass das Bergische Städtedreieck auch auf kommunaler Ebene für ein wirtschaftsfreundliches Klima zu sorgen hat. Völlig zutreffend mahnt er öffentlich einen Abbau von Bürokratie, die Einwanderung von tatsächlich Qualifizierten und eine Senkung der Energie-Kosten an. PRO Remscheid will über die drei Punkte Paschs hinaus erreichen, dass das Bildungswesen in der Region stets die Erfordernisse einer Karriere in der freien Wirtschaft im Fokus hält.

## **Direkte Demokratie: Her mit Bürger- und Volksentscheiden!**

Bei jedem Großprojekt der Politik, das in hohem Maße die Öffentlichkeit polarisiert, sollten sie der Standard sein: Die Rede ist von Bürger- und Volksentscheiden. In der

Schweiz sind sie nicht wegzudenkende Normalität, hingegen fristen sie in Nordrhein-Westfalen bislang ein Dasein als absolute Rarität. Vor allem sorgen Bürger- und Volksentscheide dafür, Politikern, die sich zu sehr von der Lebenswirklichkeit entkoppeln, wieder schlagartig die nötige Bodenhaftung zu verpassen. PRO Remscheid vertritt den Standpunkt, dass nur ein zweigleisiges System parlamentarischer Vertretung und direktdemokratischer Instrumente der Bürgerschaft das Schwert verschafft, das scharf genug ist, um Elfenbeintürmen der Macht und Hinterzimmer-Politik den Rest zu geben!

## **Förderung von Familien statt Vergötzung von Minderheiten!**

Für PRO Remscheid ist die gesellschaftliche Mitte, insbesondere Familien, Dreh- und Angelpunkt der Politik. Das noch dominante Linksgrünentum ist hingegen stets auf der Suche nach dem „revolutionären Subjekt“, was letztlich eine irrationale Bevorzugung von allerlei Minderheiten zulasten des gewöhnlichen Bürgers bedeutet. Der wirtschaftlich produktive Bürger ist es, der überhaupt das Funktionieren eines Staatswesens ermöglicht. Daher kann nur er Leitbild einer geordneten Gesellschaft sein. Ein sehr frappierendes Beispiel linksgrüner Minderheiten-Ideologie fernab der bürgerlichen Mitte ist der seit 2023 jährlich stattfindende und von Linksextremisten dominierte Christopher Street Day (CSD) Remscheid. Hierbei marschiert die Stadtspitze inklusive Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz (SPD) Seit' an Seit' mit Straßenschläger-„Antifas“ aus Wuppertal-Elberfeld durch die Gegend. Solange jemand seine sexuellen Vorlieben im Rahmen der Legalität auslebt, gehört dies nach Auffassung von PRO Remscheid zur persönlichen Freiheit eines jeden Menschen. Jedoch sind linksextreme Einflussnahme und öffentliche Zurschaustellung geistiger Degeneration wie beim CSD Remscheid nicht das, was sich in einer zivilisierten Stadtgesellschaft ziemt. Dieser jährlichen Veranstaltung wie auch darin involvierten Jugendeinrichtungen der radikal linkslastigen Art gehören umgehend jegliche Förderungen aus Steuergeldern ersatzlos gestrichen!

## **Gender-Sprech ist eine Verhuzung der Sprache!**

Die Linksgrünen in der Kommunalpolitik haben in den zurückliegenden Jahren durchgedrückt, dass die Stadtverwaltung in ihrer schriftlichen Kommunikation Gender-

Sprech verwenden muss. Ebendieser Gender-Sprech wird von rund 80 Prozent der Bürger klar abgelehnt. Auch hier offenbart das Altparteien-Kartell, dass es erwachsene Menschen zu maßregeln und erziehen trachtet. PRO Remscheid fordert die sofortige Abschaffung von Gender-Sprech auf allen staatlichen und kommunalen Ebenen. Obwohl die politische Klasse von CDU bis „Die Linke“ den Bürgern möglichst viele Texte in einfach verständlicher Sprache anbieten will, konterkariert sie ihr eigenes Anliegen damit, dauernd künstlich verkomplizierenden Gender-Sprech zu nutzen. Beginnend mit der Stadtverwaltung setzt PRO Remscheid alles daran, jene Form übelster Sprachverhuzung auf nimmer Wiedersehen aus den Amtsstuben zu verbannen!

## **Verkehrsfluss sicherstellen: Tempo 50 auf Hauptstraßen und Tempo 30 für Nebenstraßen**

Die Regelung seit den 1980er Jahren, Nebenstraßen in geschlossenen Ortschaften als Tempo-30-Zonen auszuweisen, während auf Hauptverkehrsadern fast überall Tempo 50 gilt, ist gesellschaftlicher Konsens, der nicht angetastet werden darf. Eine pauschale Senkung der Höchstgeschwindigkeit innerhalb von Remscheid auf 30 km/h hätte zur Folge, dass vor allem Berufstätige mit längeren Fahrten zwischen Heim und Arbeitsplatz auf die Monate und Jahre hochgerechnet Stunden über Stunden an potenzieller Freizeit verlieren. Ein absolutes Tempo 30 auf allen innerörtlichen Straßen Remscheids wäre zutiefst unwirtschaftlich.

So mancher linksgrüner Politiker redet bereits einem innerörtlichen Tempo 20 das Wort! Ganz ins Bild des verkehrspolitischen Wahnsinns passend philosophierte der Ratsfraktionssitzende der Grünen einmal darüber, die Neuenkamper Straße für den gewöhnlichen Individualverkehr einspurig zu machen, während auf dem Rest der Fahrbahn nur noch vermeintlich umweltfreundlicher Verkehr stattfinden dürfe. Ähnlich wie bei seinem Parteigenossen Robert Habeck weiß der Remscheider Grünen-Ratsfraktionschef genau, wie man der Effizienz Deutschlands möglichst großen Schaden zufügt.

Ein herausragendes Ärgernis stellt das nächtliche Tempo 30 auf der Freiheitstraße und der Lenneper Straße dar. Gerade dort werden die Blitzer scharfgestellt, um Autofahrer zu finanziell zu schröpfen. Im Fall Freiheitstraße wurde schon vor Jahren in Aussicht gestellt, das nächtliche Tempo 30 zu streichen, sobald sich Flüsterasphalt

auf der Fahrbahn befinden wird. Doch wann das Realität werden wird, steht bislang in den Sternen. Unterdessen kann die viel zu ausgabenfreudige Stadtspitze mit schöner Regelmäßigkeit dort nachts ihre semistationären Blitzer positionieren, um viele Autofahrer zur Kasse zu bitten. PRO Remscheid sagt: Verkehrssicherheit ja, Abzocke nein!

## **Blitzer-Abzocke den Garaus machen!**

In den zurückliegenden Jahren kam es allen Ernstes vor, dass die politische Klasse vor Ort Ausgaben-Posten im Stadthaushalt mit Einnahmen aus Blitzern der Geschwindigkeitsüberwachung gegenfinanzierte. Damit sind jegliche Beteuerungen der Stadtspitze, die Verkehrssicherheit sei der wichtigste Punkt für den allgegenwärtigen Einsatz von Blitzern, reine Makulatur. Insbesondere die sozialistischen Ideologen von Bündnis 90/Die Grünen betrachten Autofahrer als die ergiebigsten aller Melkkühe und konnten derartige Perversitäten erfolgreich in der hiesigen Kommunalpolitik umsetzen. PRO Remscheid verlangt hingegen Blitzer-Einsätze nur an zweifellos erwie senen Unfall-Schwerpunkten und Stellen höchster Sensibilität wie etwa Kindergärten und Schulen. Die noch andauernde Praxis der Abzocke von Autofahrern ist schlicht unverschämt und nicht länger hinnehmbar!





**14. September**

**Sicherheit.**

**Recht.**

**Ordnung.**

**[pro-remscheid.org](http://pro-remscheid.org)**